

PRESSENOTIZ

Die EU sollte die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien nicht verzögern

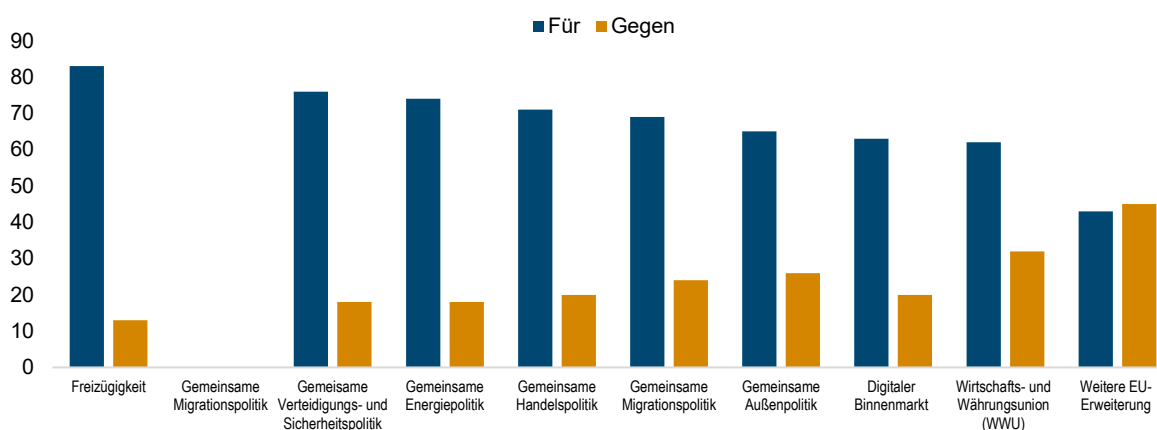
Sollte die EU die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien verzögern, würde sie damit an den Westbalkan ein verheerendes Signal senden. Die Europäische Kommission hatte zuvor beide Länder als bereit befunden um Beitrittsgespräche aufzunehmen und die nordmazedonische Staatsführung viel politisches Kapital investiert, um mit Griechenland eine Einigung über den Staatsnamen zu erzielen.

Eine Schwächung der Beitrittsperspektive könnte die Reformdynamik der Region zurückwerfen und den Einfluss Chinas wie Russlands vergrößern, was nicht im Interesse der EU liegt. Nur mit ernsthafter Unterstützung der EU und dem (nach wie vor starken) Anreiz einer möglichen EU Mitgliedschaft können die Westbalkanstaaten einen dynamischeren Entwicklungspfad einschlagen und einem Aufholprozess gegenüber den osteuropäischen Mitgliedstaaten einleiten. Dies sind die wichtigsten Schlussfolgerungen einer aktuellen wiiv-Kurzanalyse.

Beim heutigen [Treffen des EU Rates für Allgemeine Angelegenheiten](#) in Luxemburg sollten die Staats- und Regierungschefs darüber entscheiden, ob sie mit Nordmazedonien und Albanien Beitrittsgespräche aufnehmen werden oder nicht. Die Europäische Kommission hat bereits [ihre Unterstützung erklärt](#). Dennoch scheint es unwahrscheinlich, dass der Rat die Aufnahme von Verhandlungen zulassen wird.

Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und die Niederlande, scheinen daran besonders interessiert zu sein, die Aufnahme von Verhandlungen zu blockieren. Der französische Präsident Emmanuel Macron zieht es vor, sich auf Reformen der EU zu fokussieren bevor diese neue Mitglieder aufnimmt. Frankreich veröffentlichte kürzlich eine [Westbalkanstrategie](#) in der das Wort ‚Erweiterung‘ nicht einmal Erwähnung fand. In der Zwischenzeit ist ein Problem zwischen den Niederlanden und Albanien aufgetaucht (Den Haag forderte die Europäische Kommission Anfang Juni auf, die [Visafreiheit gegenüber Albanern](#) aus Sorge vor organisierter Kriminalität wieder auszusetzen).

Einstellungen zu EU-Politikbereichen



© wiiv | Quelle: Eurobarometer, Herbst 2018.

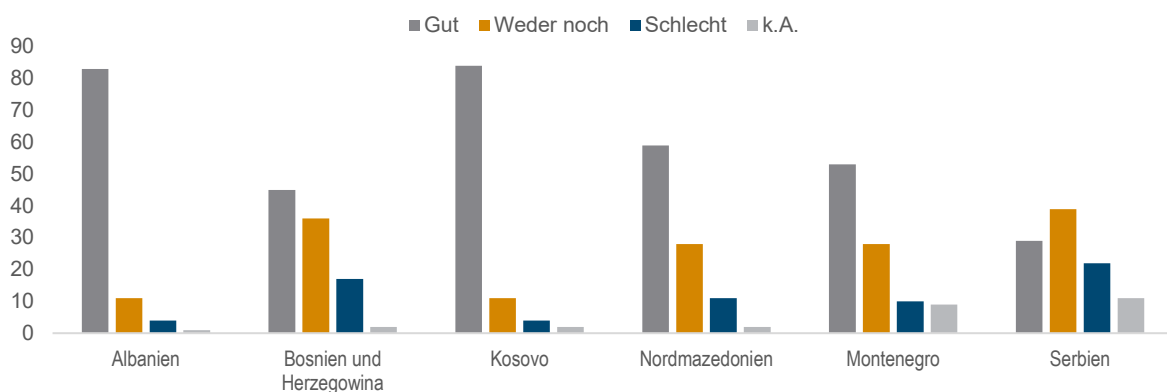
Ebenso wird die Erweiterungslaune Deutschlands und anderer EU Mitgliedstaaten eher lauwarm empfunden. Besonders die Erfahrungen mit dem EU Beitritt Bulgariens im Jahr 2007 haben bei vielen Westeuropäern den Eindruck hinterlassen, man hätte vor dem Beitritt mehr für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit unternehmen können. Bulgarien und Rumänien stehen hinsichtlich Korruption, Justizreform und organisierten Kriminalität seit 12 Jahren immer noch unter [besonderer Beobachtung](#) durch die EU Kommission. Diese politischen Erwägungen finden zudem vor dem Hintergrund einer allgemeineren Ablehnung gegenüber einer Erweiterung aufseiten der EU-Bürger statt. Von den Fragen zu allgemeinen EU-Politikbereichen, die Eurobarometer in seiner jüngsten Umfrage erhoben hat, war die Erweiterung die einzige, die keine Mehrheit fand (siehe Grafik oben).

Ein Fehler

Sollte der EU Rat für Allgemeine Angelegenheiten wie erwartet kein grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen geben, wird er ein verheerendes Signal an die Region und insbesondere an Nordmazedonien und Albanien senden. Der nordmazedonische Premierminister Zoran Zaev wird besonderen Grund zur Sorge haben. Er hat viel politisches Kapital in die [Lösung des Namensstreites mit Griechenland](#) investiert, um den Weg für einen NATO- und EU-Beitritt zu ebnen. Während der erste recht wahrscheinlich erscheint, so ist der zweite allerdings der Hauptpreis.

Allgemein gesehen würde eine Verzögerung der Beitrittsverhandlungen eigenen Zusagen der EU zuwiderlaufen und gegen einen vereinbarten Prozess und eine Reihe von Benchmarks verstoßen. Die Europäische Kommission hat ihre Position klargelegt: Beide Länder sind bereit, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Nach den [Fortschrittsberichten der Kommission vom Mai 2019](#) ist Nordmazedonien ebenso bereit für Beitrittsgespräche wie Serbien und Montenegro, zwei Länder, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen haben. In diesem Zusammenhang wäre es besonders schlecht Nordmazedonien abzulehnen.

Wäre eine EU-Mitgliedschaft Ihrer Meinung nach gut, schlecht oder weder gut noch schlecht?



© wiw | Quelle: Balkan Barometer 2018.

Politische Limits

Für Menschen, die sich vor Wählern nicht verantworten müssen, - so zum Beispiel für die Europäische Kommission oder ein Think Tank in Wien -, ist es natürlich besonders einfach Politikern Ratschläge zu erteilen. Wir müssen uns schließlich keiner Wahl stellen. Nichtsdestotrotz scheinen uns vier Dinge klar zu sein, wenn wir über den innenpolitischen Kontext in Westeuropa nachdenken.

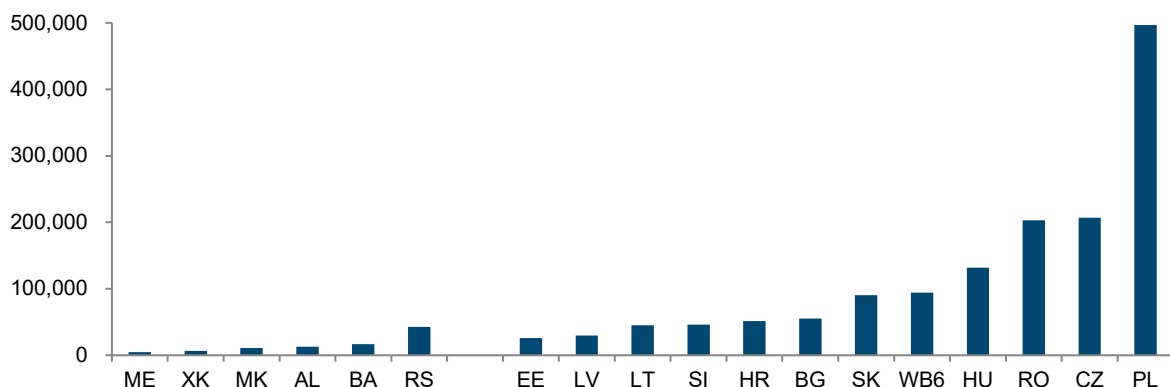
Erstens sind Sorgen um organisiertes Verbrechen und Mafia nachvollziehbar. Ungeachtet dessen benötigen derartige Organisationen weder eine EU-Mitgliedschaft noch eine Visafreiheit, um EU-weit zu agieren. Die Mafia wird einen Weg finden, unabhängig der Rahmenbedingungen: Es sind die gewöhnlichen Bürger, die durch eine Verzögerung des EU-Beitritts (und die mögliche Abschaffung der Visafreiheit) Nachteile erleiden. Darüber hinaus ist die Stärkung der staatlichen Institutionen, die ein Beitrittsprozess mit sich bringt, genau das, was Länder wie Albanien benötigen, um in ihrem Land organisierte Kriminalität bekämpfen zu können.

Zweitens gehört der Westbalkan eindeutig zum "Kern Europas" (was auch immer das genau bedeuten mag). Es mag schwieriger sein, in Westeuropa einen EU-Beitritt Georgiens oder der Ukraine politisch durchzusetzen, doch der Westbalkan ist bereits von der EU umgeben.

Drittens ist die Region aus sicherheitspolitischer Sicht für Westeuropa von Bedeutung. Dies wurde durch die Migrationskrise 2015-16 deutlich verstärkt. Westeuropäische Politiker können natürlich argumentieren, dass ein entwickelter Westbalkan mit besser funktionierenden Institutionen und mehr staatlichen Kapazitäten für Westeuropa aus sicherheitspolitischer Sicht von großem Nutzen ist. Und dass ein EU-Beitritt der beste Weg ist, um dies zu gewährleisten.

Schließlich hält die Vorstellung, dass der Westbalkan zu einer fiskalischen Belastung für das EU-Budget wird, einer faktischen Prüfung nicht stand. Selbst die Wirtschaft Serbiens, dem größten Land der Region, ist kleiner als jene von Litauen. Gemeinsam haben die sechs Westbalkanländer eine Wirtschaftsleistung, die jene der Slowakei ein wenig übersteigt (siehe erste Grafik unten). Würden morgen alle sechs Westbalkanländer der EU beitreten und schlagartig ebenso viele EU-Mittel absorbieren können wie der derzeitige Spitzenreiter Ungarn (netto etwas über 4 Prozent des Bruttonationaleinkommens, im Laufe der letzten fünf Jahre), würde dies für Länder wie Deutschland oder Frankreich einen kaum spürbaren Anstieg ihrer Nettobeiträge bewirken. Während dessen könnte ein uneingeschränkter Zugang zu EU-Mitteln für die Entwicklung der Region und insbesondere die dringend benötigten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen eine grundlegende Trendwende bewirken (siehe zweite Grafik unten).

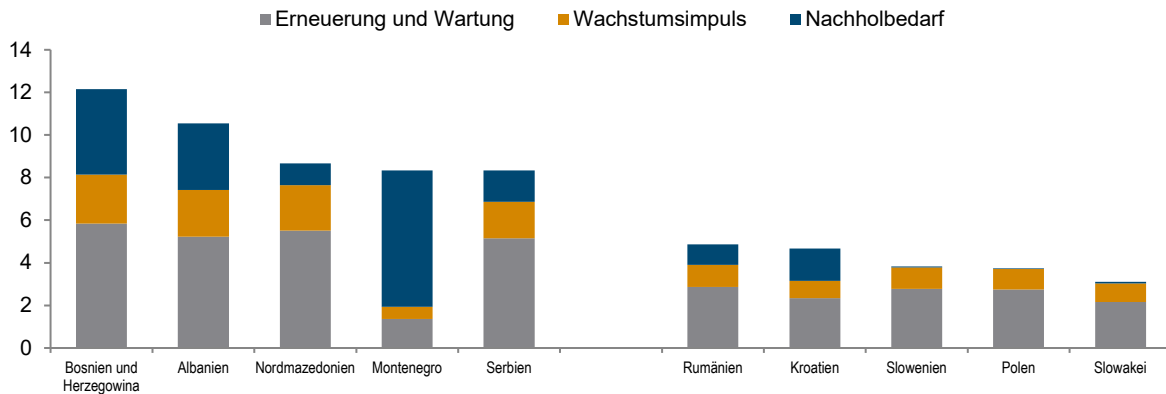
Nominelles BIP in Millionen EUR, 2018



Anmerkung: WB6 = Westbalkanländer aggregiert.

© wiiw | Quellen: wiiw, Eurostat.

Bedarf an Infrastrukturinvestitionen, 2018-2022, in Prozent des BIP pro Jahr

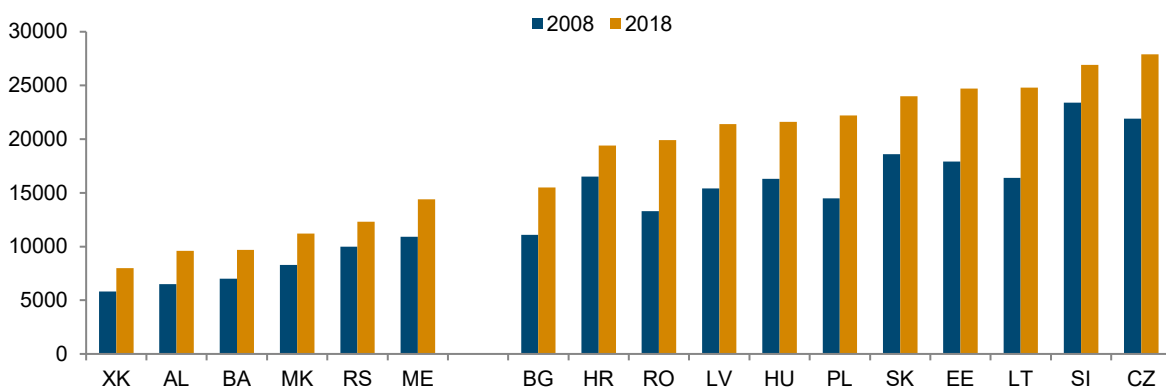


© wiiw | Quelle: EBRD.

Ein besserer Weg

Es wäre naiv in absehbarer Zeit einen EU-Beitritt der Westbalkanländer zu erwarten. Wir haben unsere [Skepsis gegenüber 2025 als realistischem Beitrittsdatum](#) für Serbien und Montenegro bereits zum Ausdruck gebracht. Dennoch sollten die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien ohne Verzögerung beginnen. Darüber hinaus muss die EU ihr Engagement für einen Reformprozess am Westbalkan glaubhaft fortsetzen. Nur durch ernsthafte Bemühungen der EU und dem (immer noch sehr starken) Anreiz einer eventuellen EU-Mitgliedschaft kann die Region einen dynamischeren Entwicklungspfad einschlagen und einen Aufholprozess gegenüber den osteuropäischen Mitgliedstaaten einleiten (siehe Grafik unten). Dazu gehören auch pragmatische Lösungen für politische Konflikte in der Region, eine bessere öffentliche Verwaltung, eine qualitative Aufwertung der Konnektivität und Infrastruktur, eine Vertiefung der lokalen Kapitalmärkte und die Unterstützung einer Digitalisierungsagenda. ¹

BIP pro Kopf in KKP



© wiiw | Quellen: Eurostat, wiiw.

¹ Weiterführende Informationen finden sich in unserem [Bericht zu den Beitrittsperspektiven der Westbalkanländer](#) vom letzten Jahr.

Sollte die EU dies nicht tun, wird die Rolle anderer Mächte in der Region zunehmen. Dies dürfte weder für die EU noch für den Westbalkan förderlich sein. Der Einfluss Russlands könnte überbewertet werden, nicht zuletzt, weil das Land keine nennenswerten Ressourcen einsetzt. Dennoch hat Russland das Potenzial, in einigen Ländern eine destabilisierende Wirkung zu entfalten. Mittlerweile stellt Chinas Engagement am Westbalkan eine ernsthaftere Bedrohung für die EU dar, da es potenziell erhebliche Infrastrukturinvestitionen tätigt. Dies birgt die Gefahr einer hohen Korruption, mangelnder Spillover-Effekte für die heimische Wirtschaft, einer hohen Schuldenlast und einer (aus EU-Sicht) unerwünschten politischen Einflussnahme.

Conclusio: Ernst machen

Selbst die Ukraine, die ein weitreichendes und umfassendes Freihandelsabkommen (DCFTA) mit der EU abgeschlossen hat ist heute in gewisser Weise stärker mit der EU integriert als der Westbalkan. Obgleich der fehlenden EU-Beitrittsperspektive deutet die derzeitige Haltung einiger EU-Hauptstädte darauf hin, dass diese letztendlich eine geringe Bedeutung hat. Doch der Westbalkan gehört zur EU, in dieser Hinsicht gibt es kein Entkommen, auch wenn sich dies einige wünschen.

wiiw, 18 Juni 2019

Kontakt:

Richard Grieveson, Tel. (+43 1) 533 66 10 – 56, grieveson@wiiw.ac.at